

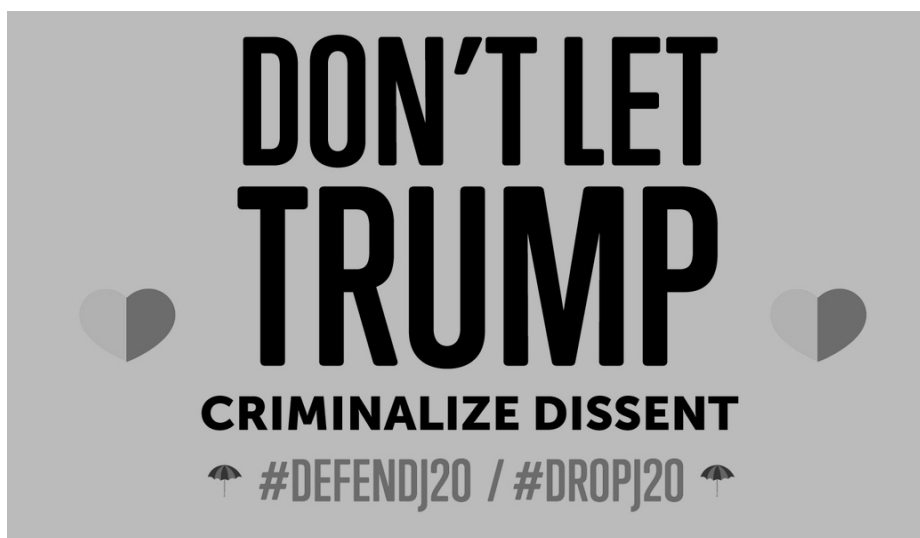
di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Freiheit für die angeklagten Trump-Gegner_innen!

Über 40 Trump-Gegner_innen wird in den USA der Prozess gemacht, weil sie sich am 20. Januar 2017 (J20) angeblich oder tatsächlich an Protesten gegen den Amtsantritt von Donald Trump beteiligt haben.



Die Staatsanwaltschaft forderte im Nachgang zu den Protesten drakonische Haftstrafen von über 60 Jahren - wegen der blossen Teilnahme an einer Kundgebung. Unter den Angeklagten befinden sich auch Mitglieder der IWW (Industrial Workers of the World).

Gewerkschaftsbewegung im Visier des Immobilien-Milliardärs

Schon beim Amtsantritt bereitete der neue Präsident seine Zuhörer_innen auf einen baldigen Wirtschaftskrieg vor. Auf einen Krieg gegen alle, die aus seiner Sicht den wirtschaftlichen Interessen der USA schaden können. Dabei meinte Trump nicht nur die konkurrierenden ausländischen (Wirtschafts-) Nationen, - sondern auch die heimische Linke und die Gewerkschaftsbewegung.

Mitgliederkarten und Gewerkschaftssymbole als „Beweise“

Als juristische Grundlage für die Verfolgung der Protestierenden wurde auf den „Riot Act“ zurückgegriffen. Ein archaisches Gesetz mit einer rassistischen Geschichte, das einst benutzt wurde, um die schwarze Befreiungsbewegung in den USA zu unterdrücken. Seit 1968 wurde es in Washington DC nicht mehr angewandt. Die US-amerikanische Polizei und die Justiz ging gezielt gegen Mitglieder der IWW vor. Mitglieder der Gewerkschaft wurden später in Gruppen zur Anklage gebracht. Ihnen wird vorgeworfen, sich an einer „Verschwörung zu Aufruhr“ beteiligt zu haben. Als Strafmass fordert die Staatsanwaltschaft über 60 Jahre Haft. Die Beweisführung verlief ähnlich abstrus. Die Polizei führte gefundene Buttons mit dem Logo der Gewerkschaft so

(weiter auf Seite 2)

Juli / August 2018

Nr. 53, 10. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Nach den Knüppeln die Repression 3

Ein Abriss über die Geschehnisse am letztjährigen G20-Treffen in Hamburg und die darauf folgende Repression. Die Internationalen Verfolgungen haben begonnen.

Kämpfen, produzieren, organisieren 6

Der Zusammenschluss von Kollektivbetrieben Union Coop vertreibt nun auch Produkte aus erfolgreichen Arbeitskämpfen. Z.B. der Fabrik-Besetzung Vio.Me in Thessaloniki oder Scop-Ti in Marseille.

La politique d'asile bégaye 7

La politique d'asile n'est pas seulement motivée par le racisme, mais par une stratégie néolibérale.

160 Jahre „Libertär“: Teil 1 Déjacques Kritik an Proudhon 8

Teil 1 behandelt die Entstehung des Begriffs Libertaire: Den Konflikt über konsequenten Anarchismus zwischen Proudhon und Déjacque.

Rubriken

Kultur 11
Rechtliches 12

Editorial

Der Rechtsruck in den USA findet in Trump seine Personifikation. Gleichzeitig hat sich mit dem Schock über dessen Wahl 2016 auch eine Bewegung gebildet, welche von unten und links an den gemässigten Democrats vorbei Politik machen will. Womens Marches, Die Gegendemonstration in Charlottesville und der neuliche Überraschungssieg der (eher) linken Newcomerin Ocasio-Cortez gegen den langjährigen gemässigten Demokraten sind nur ein paar Zeichen davon. Auch die Amtseinführung von Trump am 20. Januar 2017 war überschattet von Protesten. Genau auf diese hat es nun die US-Klassenjustiz abgesehen: Bis zu 60 Jahre Gefängnis fordert diese, unterdrückt entlassendes Material und wertet Gewerkschaftssymbole als Beweis. Betroffen sind nämlich auch Genoss_innen der Industrial Workers of The World.

Repressiv ging es auch vor einem Jahr in Hamburg zu und her. Als im Juli Diktatoren wie Erdogan und Putin aufmarschierten, sammelten sich Zehntausende Demonstrant_innen verschiedenster Richtungen. Was sie schlussendlich vereinte: Die staatliche Gewalt. Diese rollt in Form der deutschen Justiz auch noch nach dem Gipfel weiter. Einen Bericht dazu findet ihr auf Seite 3.

In Europa ist der Rechts-(extreme)-Populismus auf dem Vormarsch. Die Lega-Regierung in Italien wird einen Fokus auf Migration legen und die CSU in Bayern versucht mit ihrer Migrations-Politik die AFD rechts zu überholen. Einen französischen Kommentator zu Migration findet ihr auf Seite 7.

Zum Abschluss gibt es auf Seite 8 den ersten Teil einer Serie zum Begriff „libertär“. Während dieser in Europa noch linksradikal geprägt ist, ist dieser in den USA schon vor langem von den rechtsextremen „Anarcho“-Kapitalist_innen gekapert worden. Mit Erfolg. Wie sich schon bei der No-Billag-Abstimmung zeigte, versucht die Rechte in Europa, dies auch hier zu machen.

*li(e)bertäre GrüÙe
eure Fauistas*

J20-Prozesse

(von Seite 1)

wie IWW-Mitgliedskarten als Beweise für eine Straftat vor. Einem Mitglied der IWW wurde die Tür eingetreten, seine Wohnung gestürmt und durchsucht, obwohl er am Tag der Amtseinführung nicht einmal anwesend war. Er wurde trotzdem angeklagt, mit denselben Anklagepunkten wie die Demonstrant_innen vom 20. Januar.

Zurückgehaltene Beweise, fehlerhafte Verfahren und Freisprüche

Nach dem enthüllt wurde, dass Beweise der Verteidigung zurückgehalten wurden, liessen die Bundesstaatsanwälte letzte Woche alle Anklagen gegen 10 der Be-



Profitieren von Trumps Rhetorik: Faschist_innen und White Supremacists in den USA.

schuldigten fallen, darunter auch gegen Mitglieder der IWW. Am 8. Juni endete der zweite J20-Prozess für drei Angeklagte aufgrund eines fehlerhaften Verfahrens und einem vollständigen Freispruch für einen weiteren Angeschuldigten.

Linke Proteste: Drakonische Anklagen

Weitere 44 Angeklagte warten allerdings immer noch auf ihren Prozess. Die bisherigen Niederlagen vor Gericht bedeuten einen Gesichtsverlust für den Staat und erhöhen den Druck, die Verfolgung der Beschuldigten durch Schuldsprüche weiter zu legitimieren. Das Vorgehen der Polizei zeigt ganz klar, dass auch die Gewerkschaftsbewegung Ziel eines geplanten Vorgehens ist. Es wird mit allen Mitteln versucht, die Gegner_innen des Präsidenten zu schwächen um die Stimme der organisierten Arbeiter_innen verstummen zu lassen. Denn für seinen Angriffe auf das (mehr oder weniger) soziale Gesundheits-

system und seinem erbarmungslosem Kampf gegen Einwandernde und ihre Familien kann Trump keine Bewegung brauchen, die sich für die Solidarität unter den Menschen einsetzt.

Rechte Gewalt in Charlottesville: Trump schweigt

In den USA sind Zeiten angebrochen, in der Faschist_innen und weisse Rassist_innen unsere Genoss_innen ohne rechtliche Konsequenzen auf der Strasse angreifen können, aber die Antifaschist_innen stehen vor einer 60-jährigen Gefängnisstrafe für die Teilnahme an einer Demonstration. In Charlottesville, marschierten im August 2017 Mitglieder mehrerer rechter und rassistischer Gruppen auf, um gegen die geplante Entfernung eines Denkmals für einen General der Konföderierten-Armee zu demonstrieren. Diese Armee kämpfte während des Amerikanischen Bürgerkriegs für die Beibehaltung der Sklaverei. Klar, dass Liberale und Antifaschist_innen eine Gegendemonstration organisierten. Diese Gegendemonstration attackierte ein rechtsextremer Aktivist mit seinem Auto. Eine 32 jährige Demonstrantin wurde getötet

und mehrere Teilnehmer_innen schwer verletzt. Was Trump in Europa „zu vergeltenden Terrorismus“ nennen würde, nannte er in Charlottesville „Gewalt von vielen Seiten“. Erst zwei Tage später und nach heftigen Protesten - auch aus seiner eigenen Partei - distanzierte sich der Präsident halbherzig und kaum überzeugend von den rechten Übergriffen.

Grenzenlose Solidarität – bis alle frei sind

Diese Zustände wollen wir nicht schweigend hinnehmen. Wir rufen im Gegenteil alle auf, zu tun, was immer sie können, um unsere mutigen Genoss_innen, die mit den Kräften der Reaktion konfrontiert sind, zu unterstützen!

Ein Angriff auf eine(n) ist ein Angriff auf alle!

Let's Organize!

IWW-JAM

Nach Knüppeln die Repression

Es ist nun schon ein Jahr her, seitdem sich die Vertreter_innen der grössten 20 Wirtschaftsnationen und massig Lobbyist_innen das Stelldichein in Hamburg gaben. Die Stadt glied einem modernen Polizeistaat: überall Polizei, überall Überwachung und massive Demonstrationsverbotszonen. Die Empörung war gross, als am Freitag dem 8. Juli die Polizei trotzdem die Kontrolle über das Schanzenviertel kurzzeitig verlor. Nun versucht der deutsche Staat mit aller Härte diesen Schmach wegzumachen und antwortet mit polizeistaatlicher Repression. Und versucht damit auch gleich zu überdecken, wie anti-demokratisch dieses „Fest der Demokratie“ vonstatten ging. Nach der Hexenjagd in Deutschland beginnen nun auch die internationalen Fahndungen – auch in der Schweiz.

Was ist so schlimm am G20?

Die G20-Gruppe setzt sich aus einerseits den reichsten Ländern, wie auch „regionalen Wirtschaftsmächten“ zusammen, z.B. Südafrika. An den G20 wird nach wie vor das Schicksal der Welt von einem Viertel aller Länder diktiert. Dies nicht durch NGOs, sondern durch Regierungen und Wirtschaftsorganisationen wie die World Trade Organisation WTO oder dem internationalen Währungsfond IWF. Generell sind die kapitalistischen Interessen höher gewichtet als die Humanitären, Ökologischen, Feministischen etc. Der G20-Gipfel kann so als Treffen der oberen Klasse angesehen werden, wo es um Profit und nicht um Lebensqualität oder Freiheit für alle geht.

Juli 2017: Polizeifestung Hamburg

Von breiter Seite wurde davon abgeraten, ein solch hochkarätiges und höchst umstrittenes Gipfeltreffen in einer eher links dominierten Grossstadt wie Hamburg auszutragen. Genutzt hatten die Mahnungen wenig. Zudem waren die Messehallen als Austragungsort direkt in St.Pauli, einem traditionell linken Quartier, unweit anarchistisch-kommunistischer Zentren wie dem Gängeviertel oder der roten Flora. 2014 kam es zu massivem Widerstand

gegen eine drohende Räumung der roten Flora und zwei weiterer Projekte¹.

Es sei alles unter Kontrolle und die Hamburger_innen selbst hätten kaum Auswirkungen auf ihren Alltag zu befürchten, so der SPD-Innensenator Hamburgs Andy Grote im Vorfeld. Schlussendlich führen oftmals weder Metro noch S-Bahnen – besonders die Linie vom und zum Volkspark, dem grössten Protestcamp war oft polizeilich lahmgelegt. Grote war es auch, der den G20-Gipfel in Hamburg als „Fest der Demokratie“ ankündigte. Ein Fest mit 20'000 Polizeikräften mehreren Dutzend Wasserwerfern, Räumpanzern und Antiterrorereinheiten.

Schon bald war also klar, dieses Fest der Demokratie würde mit massiven Einschränkungen für die Hamburger_innen und der Versammlungsfreiheit einher gehen.



den. Die roten Zonen um die Messehalle und die Elbphilharmonie, die zwei zentralen Austragungsorte des G20, waren Hochsicherheits-Zonen. Die riesige gelbe Zone war nur zu gewissen Zeiten geöffnet für Versammlungen.

Wo soll Mensch den schlafen?

Es war klar, dass der G20 viele Menschen ausserhalb Hamburgs anziehen würde. Auch weil mit Putin, Erdogan und vor al-

¹ Damals wurden sogenannte „Gefahrengebiete“ ausgerufen, in denen die Polizei verdachtsunabhängig Kontrollen und auch Verhaftungen durchführen konnte. Symbol dieser Auseinandersetzung wurde eine Klobürste, welche bei einer Polizeikontrolle als Bewaffnung gezählt wurde.

lem Trump hochkarätige Feinde der Arbeiter_innenklasse erschienen waren. Ausserdem sind in Südeuropa die Konsequenzen der Bankenkrise und der darauf folgenden Austeritätspolitik immer noch zu spüren. Es war also schnell klar: Es braucht eine (oder mehrere) Zeltstädte für all die Demonstrierenden von Auswärts. Doch genau dies versuchte die Obrigkeit zu verhindern. Trotz mehrmaligen Anfragen gelang es den G20-Gegner_innen nicht, einen zentralen Platz wie den Stadtpark zu bekommen, war dieser doch direkt in der gelben Zone. Es fing ein juristisches Ringen mit der Stadt Hamburg an. Das Bundesverfassungsgericht sprach darauf den Gegner_innen den Entenwerder Park als antikapitalistisches Camp zu. Trotzdem begann am 2. Juli die Polizei diesen wieder zu räumen. Dabei setzte sich diese so offensichtlich

über demokratische Rechte und selbst Gerichte hinweg, dass selbst die Bevölkerung Hamburgs und Teile der Medien diese offensichtliche Repression anzuprangern begannen und sich für ein Demonstrationsrecht einzusetzen begannen. Kirchen öffneten ihre Türen für gestrandete Angereiste, das Schauspielhaus nahm Leute auf, es entwickelte sich eine „Wohnungsbörse“ aus solidarischen Bewohner_innen, da es sich nicht abzeichnete, dass ein Camp zustande kommen würde.

Schlussendlich wurde das grösste Camp im Volkspark in Altona ab Donnerstag dem 6. Juli toleriert – und dies auch nur ein

(Fortsetzung auf Seite 4)

paar Tage. Am Donnerstag kam auch der Protestzug aus der Schweiz Morgens mit massig Verspätung an, nachdem die Leute, welche am badischen Bahnhof einsteigen wollten, stundenlange Durchsuchungen und willkürliche Ausreisesperren über sich ergehen lassen mussten – gefunden wurde nicht wirklich etwas. Da ein grosser Teil dieses Protestzugs ihre Zelte im Volkspark aufschlug, nahm die Gefahr einer Räumung ab. Zeitgleich gab es in der ganzen Stadt kleinere Camps, z.B. auf Wiesen vor Kirchen. Die Polizei wollte mit der Niederschlagung von Camps die Gegner_innen beschäftigen, denn dieser Kampf um das essentiellste, Schlafplätze und Schutzräume, band nicht nur viel Energie, sondern sorgte für viel Unsicherheit... und Unmut. Es war all diese Schikane im Vorfeld des G20 und die offene Gewaltandrohung der Behörden, welche viele Leute in Hamburg radikalisierte.

Welcome to Hell

Am Donnerstag war schlussendlich auch die erste grössere Demonstration angesagt: Am Abend versammelten sich mehrere Tausend Menschen auf dem Fischmarkt. Erstaunlicher Weise wurde die kilometerlange Demonstrationsroute bewilligt, ob schon im Vorfeld massiv gegen genau diese Demonstration gehetzt wurde. Schnell nach dem Start war klar, dass die Polizei nie vor hatte, den Zug laufen zu lassen. Warum sich also mit Bewilligungen herumschlagen? Einerseits griff die Polizei die Spitze, also die Black Blocks an, andererseits griff sie von hinten an um den Kessel zu schliessen. Die Polizei nahm in diesem Moment eine Massenpanik und somit Tote in Kauf. In diesem Moment war vielen klar: Die Polizei ist zum Äussersten bereit und gibt einen Scheiss darauf, ob die Menschen friedlich oder gewalttätig sind. Es kam zu hunderten Verletzten Demonstrant_innen und nur mit viel Glück zu keinen Toten. Die erste Machtdemonstration und Kampfansage war abgeliefert: Statt auf Taktik setzte die Polizei auf pure Gewalt, Schikane und Einschüchterung.

Trotzdem kam es immer wieder zu grösseren Spontandemonstrationen, Strassenschlachten... und unglaublichem Rumgefahre der Polizei: 20 Wagen in diese Richtung, 23 Wannen in die Andere, dann

wieder umgekehrt etc. Und ab und an wieder Flaschenwürfe oder fliegende Eier von der Shisha-Bar nebenan. Es schien fast so, als würde wirklich ganz Hamburg die Polizei mittlerweile hassen. Und immer wieder Schlagstöcke, Tränengas, Wasserwerfer. Langsam wurde klar, dass der Staat und sein Gewaltorgan erfolgreich sein heraufbeschworenes Monster zeugte: Ein gewalttätiger und eventuell auch blind wütender Mob. Viele friedlichen Leute malten sich in solchen Momenten, von denen es viele gab in dieser Woche, aus wie sie die Polizei aus Rache angreifen würden.



Eine Horde der Polizei transportiert kurz vor dem G20-Treffen Zelte aus dem antikapitalistischen Lager in Entenwerder ab. Zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht festgestellt, dass ein Zeltlager legitim sei.

Blockaden und noch mehr Gewalt

Auch am Freitag gingen die Auseinandersetzungen weiter. Die Polizeikräfte waren mittlerweile recht müde, gab es doch bis in die Nacht hinein noch verschiedene Scharmützel. So zog am Morgen ein Schwarzer Block von der Polizei unbehelligt durch Altona und sorgte für Verwüstung. Gleichzeitig verletzte die Polizei in Rondenbarg mehrere Menschen schwer, als sie einen 4 Meter hohen Zaun umklickte und die Menschen darauf zu Boden fielen.

Mehrere Demonstrationszüge waren legal angesagt, Fünf Finger sollten die Stadt lahmlegen und den Gipfel stören. Die Polizei griff massiv die Blockaden an, oder verhaftete willkürlich Menschen aus den legalen Demonstrationen heraus. Die Blockaden konnten zeitweise den Hafen lahmlegen und führten zu Verspätungen des Gipfels, da teilweise Konvois von Teilnehmer_innen umgeleitet wer-

den mussten. Mittlerweile war die Polizei so müde und wütend, dass sie wahllos auf Menschen einschlug, auch wenn es sich nur um Anwohner_innen handelte, welche wütend waren, weil sie wegen den Hubschraubern nicht schlafen konnten. Die Stimmung war zunehmend aufgeladen. Am Freitag Abend würde etwas passieren, das war klar....

No Demo? Riots?!

Um 20.00 Uhr war eigentlich auf der Reeperbahn die Demonstration „G20

centern“ angesagt. Diese wurde wegen den Unmengen Verletzter zu einer Art Streetparade umfunktioniert. Gleichzeitig verlor die Polizei die Kontrolle über das Schanzenviertel. Über 2 Stunden gelang es der Polizei nicht, das Gebiet zurück zu erobern. Immer mehr Schaulustige und Hamburger_innen stellten sich der Polizei entgegen – jedoch nicht vergleichbar mit den organisierten Black Blocks. Die Polizei fuhr immer schwereres Geschütz auf – mittlerweile waren weitere Polizeikräfte aus ganz Deutschland eingetroffen, denn die 20'000(!) Polizist_innen reichten nicht mehr. Um 23.30 rückte schlussendlich die Antiterror-Einheit SEK mit scharfen Waffen vor. Mittlerweile wurden Journalist_innen gezwungen, das filmen und fotografieren einzustellen. Denn Bilder von geplünderten Läden waren gut (für die Polizei), Fotos von Polizeigewalt nicht. Langsam zerbrach der Widerstand und die Polizei hatte das Viertel wieder so was wie unter Kontrolle.

Der Backlash

Als Rache wurde am Morgen der Volkspark in Altona grösstenteils geräumt. An den grösseren S-Bahn-Stationen war die Polizei präsent. Mittlerweile berichteten die Mainstream-Medien über die massiven Ausschreitungen und konzentrierten sich auf Plünderungen und Brandstiftungen – welche oftmals eher von Schaulustigen Kiddies begangen wurden als von politisch motivierten Blackblocks – es gab sogar Fälle, wo Black Blocks Leute daran hinderten, ein Feuer bei Wohnungen zu legen. Die Solidarität der Stadt hatte einen Dämpfer erfahren, während die Medien beklagten, dass die Ausschreitungen nun die Anliegen der Demonstrierenden überdecken und abschrecken würden. Dass die Medien selbst mitbestimmen konnten, ob dies geschehen würde, erwähnten sie nicht. Trotz all dieser Hetze kamen über 70'000 zur Abschlusskundgebung. Die Gegner_innen liessen sich also weder von Polizei noch von den Lügen und der einseitigen Darstellung durch viele Medien spalten. Beide Seiten waren erschöpft, wütend und es gab hunderte Verletzte. Hamburg blieb wütend. Wütend über die massiven Einschränkungen – Metro und S-Bahnen wurden eingeschränkt, um die Mobilität der Demonstrant_innen einzuschränken und die Konvois blockierten riesige Teile der Strassen - wütend über die Polizeigewalt, und manche wohl auch wütend darüber, dass die Polizei lieber die Diplomatin_kieze schützte, als die Bevölkerung. Besonders die Bevölkerung bewarf noch stundenlang vorbeifahrende Polizei mit Flaschen, während die lokalen Linken sich müde zurückzogen und die ausländischen Leute nach Hause gingen. Der Protestzug nach Stuttgart und Schweiz wurde zwar wieder gekesselt und die Polizei versuchte nochmals, alle einzeln zu kontrollieren. Doch stattdessen fanden sich viele schon etwa 2 Stunden vor der Zugabfahrt auf dem Gleis ein. Gleichzeitig hielt der Zug direkt vor den Demonstrant_innen und öffnete – entgegen der Polizeitaktik – gleich die Türen bei der Ankunft. Ein Eindringen der Polizei wurde erfolgreich verhindert und die Polizei gab nach einer Stunde auf und liess den Zug abziehen. Der Zug selbst war gefüllt mit Verletzten, an denen der Gipfel nicht spurlos vorbei gegangen war. Weder an Hamburg, noch der Polizei, noch den Demonstrant_innen oder Anwohner_innen.

innen. Der Staat war stinkwütend über diese teilweise Niederlage...

Das repressive Nachspiel

Natürlich wurde wieder die Existenz der roten Flora in Frage gestellt, doch bisher besteht sie. Am 24. August 2017 schaltete der deutsche Staat linksunten.Indymedia ab, eine Plattform für Linksradikale und gleichzeitig ein alternatives Medium. Die gegründete SoKo „Schwarzer Block“ versucht noch immer Leute zu verfolgen, welche in Hamburg waren. Mittlerweile gehören Internet-Fahndungen bzw. -Pranger zum Alltag. Oftmals helfen dabei



Eine Österreichische Anti-Terror-Einheit rückt mit Sturmgewehren am 8. Juli ins Schanzenviertel vor. Zuvor hatte die Armee an Polizei die Kontrolle über das Viertel verloren.

auch Videos von Schaulustigen, welche polizeilich ausgewertet werden. Teilweise wurden Fahndungsfotos an den Pranger gestellt, ohne tatsächlichen schwerwiegenden Tatverdacht. Dies wurde unkritisch hingenommen, oftmals landeten die Bilder sogar noch unverpixelt auf Titelseiten. Auf der anderen Seite hat man den SPDler Olaf Scholz, welcher zur Zeit des G20 Bürgermeister war und im Nachfeld massive Hetze betrieb. Dieser lehnte konsequent sämtliche Vorwürfe der Polizeigewalt ab. So sieht es auch die Justiz: Viele der über 100 Anklagen gegen Polizist_innen wurden fallen gelassen und eingestellt. Scholz ist nicht mehr Bürgermeister – er ist jetzt Vizekanzler Deutschlands...

Internationale Hausdurchsuchungen

Im Zusammenhang mit der SoKo Schwarzer Block kam es auch am 29. Mai zu lan-

desübergreifenden Hausdurchsuchungen. Nebst Spanien, Italien und Frankreich war eben auch Bremgarten betroffen. Dort wurde eine Privatwohnung wie auch das Kulturzentrum KuZeb durchsucht. Erst eine halbe Stunde nach Beginn der Razzia tauchten erste Vereinsmitglieder auf. Ihnen wurde jedoch das Betreten verboten, ob schon bei Hausdurchsuchungen eine Beobachtungsperson nötig ist. Diese traf erst eine Stunde später in Gestalt des Stadtammanns auf. Laut ihm handelte es sich um eine Personensuche. Umso erstaunlicher dass unzählige Festplatten und PCs mitgenommen wurden. Auf die Frage warum diese mitgenommen wurden: „Das interessiert mich auch“.

Toller Beobachter und Wahrer einer rechtmässigen Durchsuchung... Im Zuge der Durchsuchung wurden unzählige Türen und Fenster zerstört, obschon die Vereinsmitglieder sagten, sie hätten Schlüssel dabei und würden die Türen öffnen.

Wichtig bleibt der Widerstand

Es ist also erkennbar, dass International einerseits eine Difamierungskampagne gegen linksradikale Aktivist_innen angestossen wurde mit dem G20 in Hamburg. Ausserdem entblöst nun die deutsche Justiz ihre hässliche Fratze und hat schon erste politische Verurteilungen gefällt, die sogar Teile der Bürgerlichen Presse als Schauprozesse bezeichnen – die anderen Medien feiern es als Harte Hand gegen „Chaot_innen“ und „Terrorist_innen“. Wir sollten uns von dieser Repression nicht einschüchtern lassen. Ein solch starker Backlash bedeutet entweder, dass der Staat Angst kriegt und deshalb zurückschlägt, oder aber dass sich die Rechte im Aufstieg begreift – In beiden Fällen sollte der Widerstand aufrecht erhalten werden. Zeigen wir den Unterdrückter_innen, dass wir uns von Repression nicht abschrecken lassen.

Ein_e Wütende_r

Kämpfen, Produzieren, Organisieren

Union Coop meets Vio.Me

Die Vereinigung für basisdemokratische Betriebe Union Coop hat nun einen eigenen Shop. Im Sortiment befinden sich auch Produkte (ehemals) besetzter Fabriken in Arbeiter_innenhand.

„Ohne Chef arbeiten? Basisdemokratisch und selbstorganisiert? Wir wagen den Versuch, weil das für uns die einzig menschliche Art des Wirtschaftens ist.“ So beginnt die Selbstdarstellung der „Union Coop“, einer Föderation von Betrieben, die sich zusammengeschlossen haben um so ihre gesellschaftliche Durchschlagskraft zu erhöhen. Es handelt sich um Kollektivbetriebe, die nicht in einer alternativen Nische vor sich hinwerkeln wollen, sondern im Verbund mit anderen Betrieben und der Basisgewerkschaft FAU (Freie Arbeiter und Arbeiterinnen Union) Deutschland versuchen, solidarische Antworten auf die Zumutungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu finden. Erstes greifbares Ergebnis ist der „union coop // shop“, ein Kollektivbetrieb, der als Projekt aus dem Zusammenschluss entstanden ist und Produkte der beteiligten Betriebe, Gewerkschaftsmaterialien für eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung, und Erzeugnisse vergleichbarer selbstverwalteter Betriebe aus dem Ausland, vertreibt.

Reinigungsmittel aus Thessaloniki

So können seit kurzem über die Homepage <https://www.union-coop.org/> auch Produkte der besetzten Seifenfabrik Vio.Me aus Thessaloniki bestellt werden. Neben Klassikern, wie des Vio.Me-Solidaritäts-Seifenblocks, liegt der Fokus auf den neuen, verbesserten Produkten der ECO-Linie. Der Verkaufsstart der Vio.Me Produkte bei union coop fiel mit dem 5-jährigen Jubiläum der Wiederinbetriebnahme der Fabrik in Eigenregie zusammen. Im Mai 2011 hatten die damaligen Eigentümer_innen die Fabrik für chemische Baustoffe mitsamt der seit Monaten unbezahlten Belegschaft sich selbst überlassen. Die Arbeiter_innen besetzten einen Teil des Betriebsgeländes und entschieden sich nach erfolgloser Investor_innensuche im Februar 2013, die Produktion von

biologischen Seifen, Wasch- und Reinigungsmitteln unter eigener Kontrolle zu beginnen. Noch immer müssen sie um den Erhalt ihrer von polizeilicher Räumung und Zwangsversteigerung bedrohten Fabrik kämpfen. Vio.Me ist inzwischen längst zum Symbol über Griechenland hinaus geworden. Die Belegschaft verbindet den Kampf um ein würdiges Leben mit dem Kampf für eine solidarische Welt und ist in vielen Initiativen vor Ort aktiv. Mit der Aufnahme der Vio.Me-Produkte ins Sortiment von Union Coop schließt sich ein Kreis. Entstand doch die Idee, Produkte aus rückeroberten Fabriken im deutschsprachigen Raum zu vertreiben, auf dem euromediterranen Workers-Economy-Treffen auf dem besetzten Vio.Me-Gelände im Herbst 2016.



Die Tee-Produzentin Scop-Ti entwickelte sich aus einem Arbeitskampf in Marseille mit dem Lebensmittel-Giganten Unilever.

Besetzt für 1336 Tage

Damals ebenfalls in Thessaloniki vor Ort waren Delegierte der selbstverwalteten Tee-Fabrik Scop Ti aus Marseille. Mehr als drei Jahre hatten die Beschäftigten gegen den Unilever Konzern gekämpft und die Produktion schließlich selbst übernommen. Die neu gegründete Kooperative Scop Ti produziert biologisch und regional angebaute Teesorten unter dem Markennamen 1336, der an die 1336 Tage dauernde Fabrikbesetzung erinnern soll. Das ihre Produkte über union coop nun endlich auch im deutschsprachigen Raum vertrieben werden, ist laut Kollektivist Hansi Oostinga nicht nur „konkrete

Solidarität“ mit einem selbstverwalteten Betrieb, „sondern auch als praktischer Ansatzpunkt für eine wirtschaftliche Gegenmacht zu verstehen“. Zumal die Belegschaft, wie Oostinga betont, einen ähnlichen Ansatz vertritt, und sich nicht nur während des jahrelangen Kampfes, sondern auch heute als Teil einer breiten emanzipatorischen Bewegung positioniert. „Ihr Kampf war immer auch ein gewerkschaftlicher Kampf. Das hat sich bis heute nicht geändert, auch wenn sie, wie ein Kollege es ausdrückte, den Kapitalismus nicht überwunden haben.“

Schwachpunkt Vertrieb

Eine Erkenntnis der von selbstverwalteten Betrieben, Basisgewerkschaften und politischen Gruppen besuchten Konferenz in Thessaloniki war, dass ein Schwachpunkt aller selbstverwalteten Fabriken der Vertrieb ist. Dies sollte durch eine engere Zusammenarbeit in Zukunft geändert werden „Wir als Bewegung“, so Oostinga, haben in diesem Bereich, „im Zusammenspiel mit dem kämpferischen Teil der Gewerkschaften, wesentlich mehr Möglichkeiten eigene Strukturen aufzubauen“. Deshalb wird es in Zukunft außer den Reinigungsmitteln von Vio.Me und dem Tee von Scop Ti auch Liköre aus der besetzten Fabrik Rimaflo in Mailand und Olivenöl aus einer von der Landarbeiter_innen-Gewerkschaft SAT besetzten Finca in Andalusien geben.

Der Shop ist über <https://www.union-coop.org/> zu erreichen. Momentan ist eine Lieferung in die Schweiz als Nicht-EU-Land noch in Abklärung.

Ralf Dreis

La politique d'asile bégaye

Les positions se durcissent sur le chapitre de l'asile et entretiennent maintenant sans honte un racisme virulent. Il est utile de rappeler que les dérives de la politique de filtrage migratoire ne sont pas seulement motivées par le racisme, mais par une politique néolibérale qui consiste à opter pour une „émigration choisie“ à bon marché. Cette politique a des avantages pour l'Europe vieillissante. Elle permet de résoudre un problème démographique insoluble tout en masquant une crise qui se prolonge, même si elle est invisible du paysage médiatique.

Un article du Monde diplomatique paru en janvier 2018 présente le blocage de la migration en France en 1935. A cette époque, la Ligue internationale contre l'antisémitisme lançait un appel que l'on pourrait crier aujourd'hui en Suisse aussi : „Restaurons le droit d'asile !“ A la lecture de l'article, on se sent embarqué dans une machine à remonter le temps : la politique d'asile se durcissait et on établissait une classification qualitative entre les „étrangers de bonne foi“ et les autres. Enfin et surtout, divers lois et règlements verrouillaient progressivement le droit d'asile en République française.

Des incohérences qui coûtent des vies

De nos jours, la politique d'asile se fonde sur une vaste hypocrisie car l'Europe a bel et bien besoin de toutes ces personnes qu'elle rejette, y compris les pays de l'Est qui mènent la politique la plus agressive : ils perdent leur population jeune, qui va tenter sa chance à l'étranger, et font face à un vieillissement démographique associé à une misère humaine (solitude des aînés) auquel ils n'ont pas de solution.

Du côté des jeunes occidentaux, le chômage et la déqualification deviennent récurrents et n'ont rien à voir avec la migration, mais plutôt avec la mutation progressive de la société industrielle, qui s'appuie lourdement sur le tertiaire et dévalorise la production alimentaire dans tous les sens du terme (statut social et monétaire).

Ensuite, on n'a pas fini de mesurer les conséquences de la crise de 2008. Le sauvetage des banques a coûté officiellement

plus de 200 milliards d'euros aux contribuables européens et indirectement, il a valu à la Grèce d'avoir sacrifié à la fois sa jeunesse et ses aînés. Rien d'étonnant à voir, là comme dans les pays de l'Est touchés par la crise, un regain d'amertume et de racisme. Tandis qu'à l'ouest, on assiste maintenant à des coupes transversales dans les domaines dits sociaux (éducation, projets d'insertion des jeunes, projets culturels, etc.).

La démographie européenne va pourtant forcer le continent à revoir sa politique, ce dont tout le monde a parfaitement conscience. Tout se passe comme si on préparait le terrain : de nombreux portraits et articles mettent en avant le „bon niveau de formation des migrants venus du Moyen Orient“ ; le métier d'informaticien notamment revient souvent, dans l'idée de donner une image positive de ces personnes qui viennent demander l'asile en Suisse ou ailleurs en Europe.

A l'époque où Sarkozy parlait d'immigration choisie, ses déclarations avaient fait un tollé. Or à la lumière des enjeux démographiques et économiques

Comment sortir de l'impasse ?

En détruisant, physiquement et psychologiquement, les réfugiés qui se présentent aux portes de l'Europe, il s'agit surtout de mettre en place un strict régime de contrôle, où les personnes admises maintenant ou dans quelques années seraient rendues dociles et où il serait possible sans provoquer de scandale de „choisir“ les gens qu'on laisse passer. Le mécanisme est simple : en durcissant la politique d'asile dans un premier temps, cela fera paraître les assouplissements qui ont déjà commencé comme une chose positive.

L'opération Papyrus est un exemple de ce qui risque de s'établir comme la règle. Cette opération a été négociée en secret par des syndicats avec les autorités genevoises afin de régulariser des personnes migrantes établies en Suisse depuis plusieurs années, qui payent leur AVS et qui n'ont rien à se reprocher. En somme, ce sont des personnes qui devraient être régularisées depuis longtemps. Naturellement, c'est une excellente chose que des personnes qui vivent ici depuis des



auxquels on fait face, cela ne ressemble ni à de la provocation ni à du simple raciste opportuniste : c'est précisément ce que tentent d'obtenir les pays riches et les regroupements de pays tels que l'Union européenne pour des raisons de domination économique.

années et qui s'occupent des ménages des riches Genevois et Genevoises puissent enfin respirer et vivre sans crainte. Le contraire est à peine moins honteux que les méfaits actuels de Trump. Mais ce type de procédure „choisie“ est jus-

(Continue à la Page 8)

Migration

(de la Page 7)

tement ce que l'on craignait il y a plusieurs années déjà, à savoir que cela bloque toute possibilité pour les personnes moins bien loties de voir un jour leur situation s'améliorer.

Vogliamo tutto !

On se retrouve dans un système qui fonctionne par rubriques : celle des bons footballeurs, celle des personnes qui viennent garder les enfants ou les personnes âgées,

celle des personnes qui ont sauvé un enfant. Et ainsi de suite. Partant du sentiment que rien de plus n'est possible dans une société dure et inflexible, en somme une société de droite, cela a pour effet collatéral de réduire progressivement la résistance à cette immigration sous conditions, selon une politique du „mieux que rien“.

Alors que faire? Dans l'histoire récente, certaines luttes de migrants ont pourtant réussi plus que d'autres, en France, en Suisse ou ailleurs. Ces luttes ont atteint quelque chose en ce sens qu'elles ont eu

un écho important dans les médias, contrairement les politiques à les écouter, voire éveillé des vocations et aidé des gens parmi la population non menacée à prendre conscience de situations qu'il faut changer. Elles ont en commun une organisation collective, en autogestion ou non, et la volonté des personnes impliquées d'agir au-delà du système en vigueur, de vivre haut et fort et de se rendre effrontément visibles.

N.

160 Jahre „Libertär“

Teil 1: Der Konflikt zwischen Déjacque und Proudhon

Dieser Artikel aus dem *Anarchosyndicalist Review* behandelt die Geschichte des Wortes libertär bzw. libertarian¹. Der erste Teil behandelt dessen Ursprung und die Kämpfe zwischen Pierre-Joseph Proudhon - oftmals als Gründungsvater des Anarchismus bezeichnet - und Joseph Déjacque, welcher den Begriff „libertär“ prägte.

Viele Menschen, welche ich kenne, reden von Freiheit, ohne sie zu verstehen; Sie kennen weder die Wissenschaft davon, noch das Gefühl. Sie sehen in der Zerstörung von herrschender Autorität nichts weiter als einen Austausch von Namen oder Personen; Sie können sich nicht vorstellen, dass eine Gesellschaft funktionieren könnte ohne Meister und Sklaven, ohne Anführer und Soldaten; Dahingehend sind sie wie diese Reaktionäre, welche sagen: „Es gab immer Reiche und Arme, und es wird sie auch immer geben. Was würde nur aus den Armen, wenn es die Reichen nicht gäbe? Sie würden verhungern!“

- Joseph Déjacque (Down with the Bosses! 5)

2008 habe ich als das 150-jährige Jubiläum für den Gebrauch des Worts „libertär“ durch Anarchist_innen gewählt². Dieser

¹ Da der Begriff *Libertär* im Deutschen Sprachgebiet immer noch linksradikal geprägt ist, wird in diesem Artikel der englische Begriff *Libertarian* gebraucht, wenn es um die rechtsextreme Ideologie des „Anarcho“-Kapitalismus² geht.

Artikel behandelte, wie zwischen 1858 und 1861 der Französische Exilant und kommunistisch-anarchistische Joseph Déjacque die Zeitung *La s, Journal du Mouvement Social* in New York herausbrachte. Er umfasse auch den Gebrauch des Begriffes *libertär* durch die Anarchist_innen von da an.

Jedoch sah eigentlich das Vorjahr – 1857 – erstmals den Gebrauch des Wortes *libertaire* im modernen Sinne in einem offenen Brief, den Déjacque an Pierre-Joseph Proudhon schrieb; Der erste Mensch, welcher sich in seinem Aufsatz *Was ist Eigentum?* 1840 selbst als Anarchist bezeichnete. Als Erstes kritisierte Déjacque Proudhons Sexismus und sagte, dass die Unterstützung des Patriarchats im Widerspruch stehe zu Proudhons eigenen Prinzipien. Zweitens erweiterte er Proudhons Kritik an Eigentum über seinen marktorientierten Sozialismus hinaus zu kommunistischen Schlüssen, womit er schon 20 Jahre vor der ersten Internationalen den Aufstieg des Anarcho-Kommunismus besiegelte.

Unglücklicherweise wird in den USA der Begriff *libertarian* mittlerweile oftmals mit den rechtsextremen Unterstützer_innen des „freien Marktes“ – welcher selbst frei vom Staat sein müsse - in Verbindung gebracht. Dass

die Verteidiger_innen einer Hierarchie durch Privateigentum diesen Begriff mit ihrem autoritären Weltbild in Verbindung bringen wollen, ist für die eigentlichen – also anarchistischen – Libertären unglaublich und beschämend zugleich. Noch schlimmer: Durch die Macht, welche diese Rechtsextremen durch Geld



Joseph Déjacque kannte sich gut mit Proudhons Werken aus. umso mehr störte ihn der Sexismus und somit die Inkonsequenz in seinen Werken.

und angesichts einer relativ kleinen anarchistischen Bewegung in Amerika haben, ist der Begriff standardmässig ihnen zugeordnet worden. Ironischer Weise beschwerten sich nun diese Rechtsextremen „Libertarians“ darüber, dass wir ihnen diesen Begriff „gestohlen“ hätten, um ihn

² („150 Years of Libertarian“, *Freedom* 69, 23-24)

mit unseren sozialistischen Verständnis davon zu besetzen!

Hiermit möchte ich ausführen, warum die Aneignung des Begriffs durch den Rechten Rand nicht nur historisch falsch, sondern auch in seiner Bedeutung ihrer Ideologie zuwider läuft. Dabei werde ich auch aufzeigen, warum die Linke sich den Begriff *libertär* wieder aneignen sollte und warum die Rechte von dessen Benutzung ablassen sollte. Ich möchte darauf hinweisen, dass letzteres eher unwahrscheinlich ist. Auch wenn es von der Rechten ideologisch konsequent wäre.

Joseph Déjacque: Sei tatsächlich und vollumfänglich Anarchist

Joseph Déjacque (1821-1864) antwortete auf Proudhons Angriff auf die Französische Feministin Jenny D'Héricourt (1809-1875) und betitelte seine Kritik 1857 „De l'être-humain mâle et femelle“ (Vom männlichen und weiblichen Menschsein). Er ist eine dieser Figuren, welche mehr verdienen, als eine blosse Fussnote anarchistischer Geschichte zu sein – er war auch einer der Vorläufer des Anarcho-Kommunismus, dessen feurige Sprache und scharfe Logik grösstenteils unbekannt blieb in der englischsprachigen Bewegung.

Déjacque hatte Proudhon richtigerweise angeprangert für seinen abstossenden Sexismus und zeigte, wie Proudhons Position diesbezüglich mit seinen anderen Prinzipien im Widerspruch stand. Er lud ihn dazu ein, „tatsächlich und vollumfänglich Anarchist“ zu werden, indem er ALLE Formen von Autorität und Eigentum aufgeben solle. Damit bewies er auch, dass er ein scharfsinnigerer Leser Proudhons war, als es damals und heute viele seiner Leser_innen waren. Der Begriff *libertär* bezeichnete also den in sich schlüssigen Anarchismus, welcher alle öffentlichen UND privaten Hierarchien ablehnte, wie auch den Besitz von Produkten und Produktionsmitteln.

Um Déjacques Kritik voll und ganz schätzen zu können, müssen wir zuerst Proudhons Ideen umreissen.

Proudhon und Eigentum

Proudhon ist am besten bekannt für sein Werk *Was ist Eigentum?* aus dem Jahr 1840. Dieses Werk legte auch das Fun-

dament für seine späteren Werke wie auch alle Formen des modernen Anarchismus. Am bekanntesten ist wohl seine Aussage dass Eigentum Diebstahl sei. Dies ist aus zwei Gründen so. Erstens wird das gemeinsame Erbe, Land und Produktionsmittel, von wenigen angeeignet. Zweitens führt dies dazu, dass Arbeiter_innen gegenüber den Besitzenden ihre „Freiheit verkauft und aufgegeben“ haben. Diese erwerben die „Produkte der Arbeit ihrer Angestellten“ und machen ungerechte Profite aus den „kollektiven Mühen“. Wenn

gentümer_in sei somit „synonym“ mit „souverän“, da sie_er „seinen Willen als Gesetz aufzwingt, und weder Widerspruch noch Kontrolle erfährt“, da „jeder Eigentümer unabhängiger Herrscher in seiner Sphäre des Eigentums“ sei. Anarchismus im Gegensatz dazu sei „das Fehlen von Meister oder eines Souveräns“. Wie es Proudhon 1846 sagte: „Eigentum, was uns frei machen sollte, macht uns eigentlich zu Gefangenen. Was sage ich? Es degradiert uns indem es uns gegenseitig zu Tyrannen und zu Bediensteten macht“⁴.



"The possessions of the rich are stolen property."

Pierre-Joseph Proudhon

Pierre-Joseph Proudhon war ein starker Kritiker von Hierarchien - ausser es ging um das Patriarchat. Sein Anarchismus schien an der Haustüre aufzuhören.

„Arbeiter die Eigentümer des von ihnen produzierten Wertes“ seien, ist dies im Kapitalismus nicht der Fall. Um dies zu erreichen, darf „akkumuliertes Kapital als gesellschaftlicher Eigentum niemandem alleine gehören“. Somit sind alle Arbeitenden „Besitzer ihrer Produkte“ aber gleichzeitig „ist niemand Besitzer der Produktionsmittel“. Wenn „Das Recht auf das Produkt exklusiv“ ist, dann ist „das Recht an Produktionsmitteln gemeinschaftlich“, denn wenn „das Recht auf Leben gleich ist, ist das Recht auf Arbeit gleich und so auch das Recht auf Aneignung“³.

Weitaus weniger bekannt ist der zweite Schluss, dass „Eigentum Despotismus“ ist. Eigentum „verletzt Gleichheit durch das Recht auf Ausschluss und Zunahme, und Freiheit durch Despotismus.“ Ei-

Daher wird Eigentum aus zwei miteinander verbundenen Gründen abgelehnt: Es produziert Beziehungen zwischen Menschen, welche durch Repression und Ausnützung gekennzeichnet sind. Die „Abschaffung menschlicher Ausbeutung durch seine Mitmenschen und die Abschaffung menschlicher Regierung über seine Mitmenschen“ seien „das Gleiche“ da: „was in der Politologie Autorität genannt wird, ist analog und gleichbedeutend mit dem Begriff des Eigentums in der politischen Ökonomie“. Diese Zwei Auffassungen überlappen sich und sind identisch“. Das „Prinzip der AUTORITÄT entwickelte sich durch Eigentum und durch den Staat“. Und somit „ist ein Angriff auf das Eine, auch ein Angriff auf das Andere“.

⁴ *Property is Theft!* 133, 132, 135, 248

³ *Property is Theft!* 117-118, 112, 95

(Fortsetzung auf Seite 10)

Assoziation müsse beide ersetzen; sonst würden die Menschen „zueinander als Über- und Unterlegene bleiben. Und es würden zwei Kasten, jene der Meister und jene der Lohnarbeiter, fortbestehen. Dies wäre widersprüchlich zu einer freien und demokratischen Gesellschaft“.⁵

Der grosse Widerspruch Proudhons

Déjacque zielte auf den grossen Widerspruch in Proudhons Ideen, nämlich seine energische Verteidigung des Patriarchats. Hiermit gab es eine Vereinigung – die Familie – in der es immer noch „Überlegene und Untergebene“, Meister und Bedienstete geben würde. Im Gegensatz zu seiner penetranten Kritik an Eigentum und Staat wurde diese spezifische Unterordnungsbeziehung mit dem rohsten Sexismus begründet und verteidigt.

Wie in Déjacques Brief ersichtlich ist, war ihm Proudhons Werk gut bekannt. Dadurch wusste er gut, was in daran störte. Er beginnt mit einer offensichtlichen Anspielung auf den Leitspruch von Proudhons Schrift *Le Representant du Peuple* bezüglich der Revolution 1848: „Was ist der Produzent? Nichts. Was sollte er sein? Alles!“. Danach bezeichnete Déjacque ihn als einen moderaten („juste-millieu“) Anarchisten, als eher „ein liberaler“ statt eines „wahren Anarchisten“ oder eines „LIBERTÄREN“. Er wusste, dass *juste milieu* („goldener Mittelweg“ oder „glückliches Medium“) gebraucht wurde, um zentristische politische Philosophien zu beschreiben, welche zwischen den Extremen lagen. Es wurde auch mit der französischen Juli-Monarchie (1830-1848) verbunden, welche vordergründig versuchte, eine Balance zwischen Autokratie und Demokratie zu finden: „Wir werden versuchen in einem *juste milieu*, in einem gleichen Abstand zu Exzessen der Volksmacht, wie auch des Missbrauchs königlicher Macht zu bleiben“ (in den Worten König Louis-Phillipes). Als die Spannungen zwischen monarchischen Prinzipien und republikanischen Idealen zu stark wurden und das Regime 1848 gestürzt wurde, hoffte Déjacque dass der offensichtliche Widerspruch zwischen Proudhons Anarchie für Ge-

meinschaft und Arbeitsplatz und das Patriarchat zuhause zugunsten eines konsistenten Anarchismus abgelehnt würde. Die Vorstellung, dass die Familie von freier und gleichheitlicher Vereinigung ausgenommen sein sollte, war unhaltbar, ein Affront gegen Logik und Freiheit. Deswegen war es libertär – um Freiheit in alle Vereinigungen zu tragen, welchen wir vordergründig frei entscheidend beitreten. Eine weitere Innovation war die Ausweitung von Proudhons Kritik an Eigentum von den Produktionsmitteln auf die Produkte der Arbeit selbst. Er erkannte an, dass Proudhons Marktsozialismus – Arbeiter_innenkooperativen verkaufen ihre Produkte an andere Arbeitende – kurz nach einer Revolution notwendig sein könnte. Jedoch argumentierte er schon 20 Jahre vor Kropotkin und Reclus, dass dies nicht das Höchste sei, was erreichbar sei. Freiheit sei am besten verteidigt durch freien Zugang zu sowohl den Produktionsmitteln wie auch den Produkten selbst. Wie er es in seiner Schrift „Austausch“ ausdrückte, welche in *Le Libertaire* 1858 erschien:

„Sollten die Arbeiter prinzipiell das Produkt ihrer Arbeit besitzen? Ich zögere nicht zu sagen: Nein! Auch wenn ich weiss, dass eine Menge Arbeiter aufschreiben werden. Hört, Proletarier, schreit auf, schreit so

laut ihr wollt. Doch dann hört mich an: Nein, es ist nicht das Produkt ihrer Arbeit, worauf die Arbeitenden Anspruch haben. Es ist die Befriedigung ihrer Bedürfnisse, welcher Natur sie auch sein mögen. Im Besitze unseres Arbeitsprodukts zu sein heisst nicht, im Besitze dessen zu sein, was uns nützlich ist. Es heisst, im Besitze des Produkts unserer Hände zu sein, was anderen nützlich sein könnte aber vielleicht nicht uns. Und ist nicht jeglicher Eigentum Diebstahl?“.

Wie zu erwarten bei einem Kurzbrief, muss Déjacques Kritik ausgeführt werden. Sein Umriss des Anarcho-Kommunismus ist zu abhängig von harmonischen Fügungen bezüglich dem Ausgleich zwischen Produktions- und Konsummengen – oder kapitalistisch ausgedrückt, Angebot und Nachfrage – auch wenn der Brief wichtige Probleme anspricht – Bedürfnisse und Pflichten halten sich nicht einfach die Wage. Proudhon erkannte, dass Freiheit den kollektiven Besitz an den Lebensmitteln (Arbeitsplatz, Land, Meer) bedarf, um Hierarchien zu vermeiden. Déjacque ging noch weiter und argumentierte, dass für ein ganzheitliches Leben auch die Produkte selbst kollektiviert sein müssten.

Bevor wir den späteren Gebrauch des Begriffs „Libertarian“ diskutieren, müssen wir feststellen, dass trotz seiner gerechtfertigten Kritik an Proudhons Sexismus auch Déjacques Verteidigung von D’Héricourt nicht frei davon war. Am offensichtlichsten wird dies am galanten Bedürfnis, eine Frau zu verteidigen, welche Proudhon selbst in die Schranken



weisen konnte. D’Héricourt war führende Sozialistin der Cabet-Fraktion, Feministin, Autorin, und eine professionelle Hebamme – und wie Déjacque und Proudhon an der Revolution 1848 beteiligt. Sie schrieb unter anderem Repliken auf Proudhons sexistische Essays und wusste sich daher selbst zu wehren.

Iain McKay

zuerst im Englischen erschienen in: *Anarcho-Syndicalist Review* #71/72

Übersetzung: FAT

⁵ Property is Theft! 503-506, 583

Biji Berxwedan

IN AFRIN WEHT NUN DER HALBMOND AUF ROTEM GRUND
UNTERSTÜTZT VON DER TOTGEGLAUBTEN MILIZ
UND MANCHE_R VERSCHWAND IN DER BOMBEN SCHLUND
„MADE OR PAID FOR I DR SCHWIZ“!

ERDOGAN KOOPERIERT DORT MIT DAESH
UND IM HINTERLAND MACHT MAN DAMIT CASH
EUROPA SCHAUT GROSSZÜGIG NICHT HIN
UND HANDELT DAMIT GANZ IN DES KAPITALS SINN

UND DER FETTE SCHWEIZER RÜSTUNGSMAGNAT
BEKLAGT SICH LAUT BEI VATER STAAT
DASS DER DIE WIRTSCHAFT VERLETZE
„ES GEHT DOCH HIER UM ARBEITSPLÄTZE!
WEG MIT BESCHRÄNKUNGEN DER WAFFENEXPORTE!
SYRIEN BRAUCHT WAFFEN SCHWEIZER SORTE!“

UND DER RECHTE JUBELT LAUT
„BALD SCHON SIND WIR EXPORTWELTMEISTER!“
(UND DIE REICHEN NOCH FEISTER)
WÄHREND ER DEN SCHUTZZAUN BAUT
HEUCHELEI WAR SCHON LANG SEINE STÄRKE
UND GELD DER OBERSTE SEINER WERTE

IN AFRIN BRENNT DIE GESELLSCHAFT
UND IN BERN SCHNURRT DIE REICHE SEILSCHAFT
DORT DRÜBEN BOMBEN UND GRANATEN
DOCH WENN MAN SICH IN BERN DRÜBER BEKLAGT
SODANN DICH DIE STAATLICHE MILIZ VERJAGT
HIER MIT GUMMISCHROT UND ERFASSUNG DEINER DATEN

UND WENN ES KEINEN UNTERSCHIED MACHT
OB MENSCH DIE POLIZEI VERPRÜGELT ODER NUR BELACHT
UND TROTZDEM DEN „LANDFRIEDEN“ BRICHT
ODER ZUMINDEST DIE POLIZEI DAVON SPRICHT
DANN GIBT ES EBEN KEIN RUHIGES HINTERLAND...
UND VIELLEICHT AUF MOLLYS BALD KEINEN FLASCHENPFAND

WAS FÜR PÄDAGOGISCHE (BA)NAUSEN

EINE GEKESSELTE

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichten und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzdrukken und freuen uns natürlich, wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.

abonnieren?

Einsenden an:
di schwarzi Chatz
c/o FAU Bern
Postfach 2368
3001 Bern
oder:
zeitung@faubern.ch

Ich möchte di schwarzi Chatz abonnieren
(ungefähr 6 Ausgaben für 30.- oder mehr)

Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos!
Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:



di schwarzi chatz
Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz

8 Stunden sind (mehr als) genug!
132 Jahre sind es her, dass in Chicago für den Arbeitenden die 8 Stunden gefordert wurden. Heute sind wir immer noch dabei, diese Forderung zu verteidigen.



Freiheit, Gleichheit, Solidarität!
Die Arbeiter_innen der Welt sind einig: Die 8 Stunden sind ein Minimum, um den Menschen zu ermöglichen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die 8 Stunden sind ein Minimum, um den Menschen zu ermöglichen, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Die 8 Stunden sind ein Minimum, um den Menschen zu ermöglichen, ein menschenwürdiges Leben zu führen.

Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTI-KAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss... Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Löhne in der Gastronomie

Sämtliche Angaben basieren auf dem Landesgesamtarbeitsvertrag (L-GAV) 2017 (Version April 2018)

Mindestbruttolohn pro Monat

Achtung: Vollzeitstudierende sind vom Mindestlohn ausgeschlossen!

Alle Lohnangaben sind ohne Sozialabgaben.

Der monatliche Mindestlohn bezieht sich auf 42 Stunden pro Woche in Normalbetrieben und auf 43.5 Stunden pro Woche in Saisonbetrieben:

- 2190.- für Praktikant_innen
- 3435.- für Unausgebildete (Stufe Ia)
- 4141.- für ausgebildete Köch_innen EFZ (Stufe IIIa)

Davon kann dir wenn **vertraglich** geregelt in der **Einführungszeit** 8% abgezogen werden. In der Stufe I jedoch maximal 12 Monate, falls du nicht in einem anderen Betrieb bereits 4 Monate gearbeitet hast. Dann gilt der Rabatt nur 3 Monate. Bei einer Wiederanstellung im gleichen Betrieb – wenn die Frist dort schon mal ausgelaufen ist – kann nicht nochmal der Rabatt verlangt werden, wenn dein letzter Arbeitseinsatz dort nicht länger als 2 Jahre her ist. Dies ist zum Beispiel bei Saisonstellen der Fall.

In der Stufe IIIa beträgt die maximale Einführungszeit 3 Monate, aber nur direkt nach deiner Ausbildung.

Bei **Umsatzbeteiligung** darf der Mindestlohn nicht unterschritten werden. Dein Einkommen muss bei 100% also jeden Monat über dem Mindestlohn liegen, eine Kompensation mit „guten „ Monaten ist nicht erlaubt.

Alle Arbeitenden, welche die Probezeit bestanden haben, haben **Anspruch** auf einen anteilmässigen **13. Monatslohn**.

Mindestlohn pro Stunde

Stundenlöhne sind nur bei unregelmässiger Arbeit oder einer kurzen Beschäftigungszeit zulässig.

Im unten aufgeführten Gesamtlohn sind prozentuale Zuschläge für die Ferien- und Feiertagsentschädigungen sowie jene für den 13. Monatslohn enthalten.

- Praktikum Normalbetrieb:
12.03/Stunde Grundlohn
14.71/Stunde Gesamtlohn

- Praktikum Saisonbetrieb:
11.59/Stunde Grundlohn
14.18/Stunde Gesamtlohn

- Unausgebildet Normalbetrieb:
18.87/Stunde Grundlohn
23.09/Stunde Gesamtlohn
21.23/Stunde mit Einführungslohn

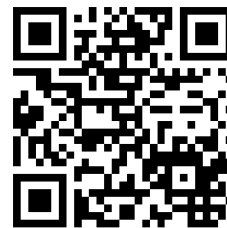
- Unausgebildet Saisonbetrieb:
18.17/Stunde Grundlohn
22.23/Stunde Gesamtlohn
20.45/Stunde mit Einführungslohn

- Mit EFZ im Normalbetrieb:
22.75/Stunde Grundlohn
27.83/Stunde Gesamtlohn
25.61/Stunde mit Einführungslohn

- Mit EFZ im Saisonbetrieb:
21.91/Stunde Grundlohn
26.80/Stunde Gesamtlohn
24.66/Stunde mit Einführungslohn

weitere Infos findest du auf:

<http://faubern.ch/index.php/gastronomie.html>



Impressum

di schwarzi chatz
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 250
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch